

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 19

Artikel: Was wurde aus der Partei?
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093021>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Was wurde aus der Partei?

Vor einem Jahr noch war Ungarn, reformsozialistisches Land par excellence schon seit Jahrzehnten, kommunistisch regiert, und seine Partei schickte sich an, selber den Weg zur pluralistischen Gesellschaft voranzugehen. Aber mit dem Zwischensieg der Reformkräfte war ihre Zeit auch schon vorbei, und bald übernahmen die alternativen Parteien das Ruder. Ungarn, das mit seiner Öffnung der Grenze die Wende in der DDR ermöglicht hatte, kehrte sich – freilich nationalstaatlich – ebenfalls vom Sozialismus ab. Die Reformkommunisten, Pioniere für das ganze Sowjetlager, hatten ihre Schuldigkeit getan und konnten gehen.

Im Oktober 1989 fand der 14. Kongress der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) statt. Ihr hatte die Moskauer «Sowjetskaja Kultura» (28. 9. 1989) schon im voraus bescheinigt, sie sei am Zerfallen und ihre Existenz sei gefährdet.

Die Transition

Die Prognose erwies sich als richtig. Am Kongress selbst wandelte sich die kommunistische USAP zur nichtkommunistischen USP (Ungarische Sozialistische Partei) um, und selbst diese Nachfolgepartei hat inzwischen nicht nur die freien Wahlen verloren, sondern ist auch weiter zerbröckelt. Viele ihrer Mitglieder sind andern Parteien beigetreten oder parteilos geworden («Magyar Nemzet», MN, Budapest, 27. 8. 1990).

Vor allem aber hat jene umgestaltete Partei, die vor einem Jahr noch das neue Denken in Osteuropa geradezu bahnbrechend verkörperte, die Zukunft verloren, denn die Jugend ist geschlossen zur Konkurrenz übergelaufen. Die ungarische Version des Komsomol, der Kommunistische Jugendbund KISZ, ist Ende 1989 in der Versenkung verschwunden. Die Ablösung übernahmen einerseits der Ungarische Demokratische Jugendbund und andererseits der Demokratische Bund der Hochschuljugend, zwei Organisationen von antikommunistischer Ausrichtung.

Ähnlich verhält es sich mit den Kinderorganisationen. Die Jungen Pioniere sind verschwunden, und ihren Platz eingenommen haben Pfadfinder und andere Gruppierungen. Ein kommunistischer oder auch nur marxoider Nachwuchs ist nirgends zu sehen.

Anstelle der parteigebundenen Gewerkschaften mit ihrem Monopol ist ein Gewerkschaftspluralismus mit der Demokratischen Liga der Gewerkschaftsverbände und dem Landesverband ungarischer Gewerkschaften getreten. Diese Entwicklung hatte allerdings schon 1989 unter Billigung der damaligen USAP mit ihrem Erneuerungsprozess eingesetzt.

Die ungarischen Kommunisten waren schon 1988/89 von ihrem blossen Reformkurs abgekommen und hatten sich, angespornt durch die rasante sowjetische Entwicklung, der Perestrojka verschrieben, der Umgestaltung. Im Juni 1989 wurde das Kirchenamt der Regierung, ein Staatsorgan zur Kirchenkontrolle, aufgelöst und durch einen Landesrat der Religionsgemeinschaften ersetzt, der als eigenes Gremium dem Ministerrat nur noch zur Seite stand. In den Schulen schaffte man im gleichen Monat den obligatorischen Russischunterricht ab; die Russischlehrer wurden auf Staatskosten umgeschult. In den Betrieben wurden die symbolträchtigen Arbeiterräte wieder zugelassen. Sie hatten beim Volksaufstand von 1956 eine grosse Rolle gespielt und waren 1957 verbo-

ten worden. Inzwischen sind sie national organisiert und haben 1990 einen Landesrat gewählt («Nepszabadsag», NSZ, Budapest, 29. 7. 1990).

1989 hatte die kommunistische Regierung Ungarns sogar Verhandlungen über einen Austritt aus dem Warschauer Pakt aufgenommen. Sie musste allerdings im Herbst jenes Jahres wieder zurückkrebsen. Das Traktandum ist inzwischen nahezu belanglos geworden, denn wie eine internationale Konferenz vom Mai 1990 in Budapest feststellte, existiert der WP nur noch der jure, aber nicht mehr de facto (NSZ, 27. 5. 1990).

Auf dem erwähnten 14. Kongress vom Oktober 1989 kam die Umgestaltungspolitik der Partei zu ihrem Höhepunkt und ihrem Abschluss. Die sogenannten «Radikalreformer» siegten und wandelten die USAP in die USP um, die in ihren Schlussdokumenten die bisherigen kommunistischen Positionen auch formell aufgab. Sie sprach sich für ein Mehrparteiensystem mit parlamentarischer Demokratie aus, ferner für mehrere gleichberechtigte Eigentumsformen, wobei das Privateigentum auch an Produktionsmit-



Die ungarischen Schulden: Jetzt fehlen uns nur noch 20 Millionen Dollar.» («Ludas Matyi», Budapest, 29. 8. 1990)

teln als «unerlässlich» bezeichnet wurde. Diese exkommunistischen Stellungnahmen machten in der Folge auch die USP selbst zu einer entbehrlichen Kraft der ungarischen Gesellschaft.

Der neue, bessere Staat . . .

Die nächsten Änderungen betrafen bereits den Systemwechsel im Land und wurden unabhängig von der zuvor massgeblichen Partei getroffen. Noch im Oktober 1989 beschloss das Parlament eine Verfassungsänderung und machte Ungarn zu einer Republik mit bürgerlicher Demokratie. Die geänderte Verfassung bekannte sich ferner zur Marktwirtschaft und postulierte die Gleichberechtigung von öffentlichem und privatem Eigentum. Gleichzeitig verabschiedete das Parlament ein Parteiengesetz, das keiner politischen Partei mehr irgendwelche Vorrechte oder staatliche Bevorzugung zuließ (NSZ, 18. 10. und 20. 10. 1989). Damit war innerhalb von wenigen Tagen aus einer staatstragenden Partei eine gewöhnliche Partei geworden. Noch stellte sie zur Hauptsache die Regierung und die sonstigen Behörden, aber das sollte sich bald ändern.

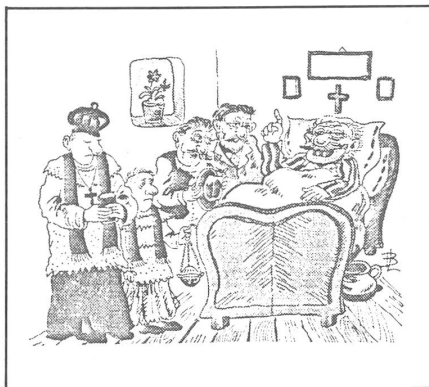
Im Frühjahr 1990 wurden freie Parlamentswahlen durchgeführt, und in deren Folge entstand eine Koalitionsregierung ohne Beteiligung der USP, die trotz ihrer historischen Reformverdienste bei den Wählern als Nachfolgepartei einer diktaturtragenden Organisation durchfiel.

Die Regierung setzt sich zusammen aus acht Vertretern des Ungarischen Demokratischen Forums (MDF), vier Mitgliedern der Kleinlandwirtpartei, einem Christdemokraten und drei Parteilosen.

Der USP reichte es nicht einmal zu einer repräsentativen Oppositionsrolle. Als stärkste Oppositionspartei figuriert der Bund Freier Demokraten (SZDSZ).

Im Frühjahr 1990 löste sich als natürliche Konsequenz des Mehrparteiensystems die Patriotische Volksfront auf, die frühere Vereinigung von Kommunisten und Nichtkommunisten unter Führung der USAP. Diese Organisation, als «Transmissionsriemen» der Partei eingeführt, hatte sich in den Perestrojka-Jahren unter ihrem Chef Imre Pozsgay stark emanzipiert und die politische Wende des Landes vorbereitet. Nunmehr aber entsprach sie keinem Bedarf mehr.

Der Herbst 1989 brachte die Rehabilitierung der Aufstandopfer von 1956, und im Jahr 1990 erfolgte ein neuer Schub an Vergangenheitsbewältigung. Man hat ein eigenes Amt zur Entschädigung der Opfer von Verfolgungen nach 1948 gegründet. 170 000 ehemalige politische Gefangene wurden eruiert, aber die Gesamtzahl der Personen, die zwischen 1948 und 1963 aus politischen Gründen verhaftet, interniert oder in zugewiesene Gebiete verbannt wurden, beläuft sich auf



«Bevor ich sterbe, will ich euch noch ein Produktionsgeheimnis verraten: «Man kann den Wein auch aus Trauben gewinnen.» (LM, 29. 8. 1990)

ungefähr eine Million. Grundsätzlich wird allen Betroffenen ein Recht auf Entschädigung zuerkannt, und ein Teil von ihnen wird wohl auch die Auszahlung erleben.

. . . mit einer schlecht erneuerten Wirtschaft

Ungarn ist ein neues Land geworden, aber aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist es deshalb nicht herausgekommen. Diese haben sich vielmehr in den Perestrojka-Jahren noch verstärkt; in einer Umbauphase häufen sich die Unbequemlichkeiten immer.

Angestrebt wird eine Privatisierung von genossenschaftlichem und teilweise von staatlichem Eigentum, aber dem stehen unter anderem Zahlungsschwächen und Misstrauen entgegen. Nicht einmal die seinerzeit enteigneten Eigentümer oder deren Erben wollen notwendigerweise ihr Hab und Gut zurückhaben, wie man es ihnen anbietet. Viele fürchten ein Danaergeschenk, das ihnen mehr Kosten als Gewinn bringen würde («Nepszava», 23. 8. 1990). Das bezieht sich speziell auf Wohnhäuser, die sich fast durchwegs in einem miserablen Zustand befinden; wer sie saniert, der ruiniert sich.

Langsamer als erwartet entwickelt sich der private Sektor in der Landwirtschaft, obwohl man den Mitgliedern der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften die Bildung von Aktiengesellschaften angeboten hat. Den Geldschein in der Hand hat mancher lieber als den Teilhaberschein im Schrank. Mehr Interesse besteht hingegen für privates Kleingewerbe. Diesen Sommer entstand ein Landesverband der Kleingewerbetreibenden, der einstweilen etwa 250 Gemeinschaften zusammenschliesst (NSZ, 12. 7. 1990).

Was den mehrheitlichen Kleinverdienern und Rentnern das Leben besonders schwer macht, ist die ständige Teuerung. In Ungarn

gibt es mehr Waren als in andern postsozialistischen Ländern, aber den meisten Einwohnern fehlt es an Geld, um das zu kaufen, was sie möchten. So kommt man unnötigerweise doch noch zu Symptomen, die einer Mangelwirtschaft ähnlich sehen. Die sonst angesehene Regierung Antall hat das Problem der Warenpreise nicht im Griff.

Zweideutiges Ungarentum daheim und draussen

In allen Nachfolgestaaten der ehemaligen Donaumonarchie ist die Nationalitätenfrage, die nicht mehr durch die Diktatur zugedeckt wird, zu vordringlicher Wichtigkeit angeschwollen.

Ungarn hat auf seinem Territorium nur kleine nichtungarische Minderheiten (so Deutsche und Zigeuner) und ist in dieser Beziehung besser dran als seine Nachbarn. Um die Nationalitäten will man sich vorsorglich kümmern. Die Minoritäten haben Ombudsmänner gewählt, die ihre Interessen vor dem Parlament vertreten sollen («Magyar Hirlap», 19. 7. 1990). Ob die Neuerung auch funktioniert, wird sich zeigen, wenn die ersten Konflikte vorliegen.

Aber wenn das Land wenige Nichtungarn auf seinem Territorium hat, so gibt es um so mehr Magyaren in den Nachbarländern, und hier hat sich das neue Ungarn aus gutgemeinter Solidarität in eine ambivalente ausserpolitische Haltung hineinmanövriert. Die neue Verfassung gesteht dem ungarischen Staat nämlich eine «Verantwortung» für die ausserhalb des Landes lebenden ethnischen Ungarn mit anderer Staatszugehörigkeit zu. Jozsef Antall hat diesen Sommer öffentlich erklärt, als ungarischer Ministerpräsident sei er der Vertreter von 15 Millionen Ungarn (der Staat hat 10,6 Millionen Einwohner) innerhalb und ausserhalb des Landes. Das ist in Rumänien und in der Tschechoslowakei sauer aufgestossen; Bukarest und Prag haben offiziell die Äusserung Antalls als ungarische Einmischung in die innern Angelegenheiten anderer Länder bezeichnet. So sei das doch nicht gemeint, versichert man in Budapest, aber wie ist es denn genau gemeint? Der neue Verfassungszusatz war sicher unter dem Eindruck der Magyarenverfolgung in Rumänien zustande gekommen; der spontane Entschluss vom letzten Herbst wäre heute eine kühlere Wiedererwägung wert.

Materiell zu schaffen macht dem Land eine andere Bevölkerungsfrage. Ungarn ist im Lauf dieses Jahres zu einem überzogenen Transitland für Flüchtlinge geworden. Zahlreiche Rumänen, Albaner und Bulgaren wollen via Ungarn nach Österreich flüchten, werden aber an dessen Grenzen zurückgewiesen und verbleiben im vermeintlichen Durchgangsland. Allein aus Rumänien halten sich (vermutlich) etwa 60 000 Flüchtlinge in Ungarn auf, viel für ein kleines Land in materiellen Nöten. ■